

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
Unterbezirk Wiesbaden
Rheinstr. 22, 65185 Wiesbaden



Antragsbuch Jahreshauptversammlung

09.10.2021

BESCHLOSSEN

1 Inhalt

1. Land und Bund	2
Fördergelder nur noch an Betriebe auszahlen, die nach Tarif zahlen und einen Betriebsrat haben.	3
Echte Freiheit für das Kurzarbeitergeld	4
Änderung des §19 Abs. 1 Nr. 2 BBiG – Fortzahlung der Ausbildungsvergütung bei Betriebsschließung ohne zeitliche Begrenzung.....	5
Solidarkurzarbeitergeld in Höhe von 100% des letzten Nettoentgeltes bis zu einem Einkommen bis € 1600.-	6
Das Teilzeitrecht stärken	7
2. Stadt.....	9
Weibliche Dezernentin.....	10
3. Partei.....	11
Einrichtung eines offenen Gremiums zur zeitlichen Strukturierung der kommunalen Aufgaben zur Klimapolitik bis 2045 12	
Aktive Analyse und Strategieentwicklung der Wiesbadener SPD nach Kommunalwahlkampf 2021 und City-Bahnkampagne 2020.....	14

2

1. Land und Bund

A1

1 Antragsteller: AfA Wiesbaden

2 Antragstitel:

3 Fördergelder nur noch an Betriebe auszahlen, die nach Tarif zahlen und einen
4 Betriebsrat haben.

5
6 Die Jahreshauptversammlung der SPD Wiesbaden möge beschließen:

7 Dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, Fördergelder nur noch an
8 Betriebe zu verteilen, die nach Tarif zahlen und einen Betriebsrat haben. Die Regelung
9 soll nur für Betriebe gelten, die nach § 1 Abs. 1 BetrVG groß genug für die
10 Betriebsratsgründung sind.

11

12 Antragsbegründung:

13 Startups locken mit flachen Hierarchien, flexiblen Arbeitszeiten und dem Versprechen,
14 die Welt zum Besseren zu verändern. Für viele junge Menschen sind Start-Ups deshalb
15 eine attraktive Alternative zur Konzernkarriere.

16 Die Kehrseite des aufregenden Jobs: Die Bezahlung ist meist nicht gerade üppig und die
17 flexiblen Arbeitszeiten entpuppen sich oft als Überstunden, vor allem in der
18 Wachstumsphase.

19

20 Aus diesen Gründen soll die Startup-Förderung zukünftig an Kriterien guter Arbeit
21 geknüpft sein. Die Voraussetzung für Wirtschaftsförderung sind eine Bezahlung nach
22 Tarif und das Vorhandensein eines Betriebsrats.

Feststellung der Antragskommission:

Die SPD-Bundes-, Landtags- **und die Stadtverordneten**fraktion werden gebeten, bei zukünftigen
Gesetzesvorhaben darauf hinzuwirken, dass die Auszahlung staatlicher Fördermittel nur unter
der Bedingung erfolgt, dass in den begünstigten Unternehmen nach Tarif gezahlt wird.
Die Fördermittel müssen dementsprechend angehoben werden.

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

X

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

23

A2

- 1 Antragsteller: AfA Wiesbaden
- 2 Antragstitel:
- 3 Echte Freiheit für das Kurzarbeitergeld
- 4
- 5 Die Jahreshauptversammlung der SPD Wiesbaden möge beschließen:
- 6 Dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, dass zukünftig das
- 7 Kurzarbeitergeld einer echten Steuerfreiheit unterstellt wird. Das heißt, dass auch der
- 8 Progressionsvorbehalt wegfällt und das KUG steuerlich nicht als Einnahmen, sondern
- 9 als Zuschuss gewertet wird.
- 10 Antragsbegründung:
- 11 Immer wieder erleben Beschäftigte ihr blaues Wunder bei ihrer Steuererklärung, da das
- 12 KUG einer steuerlichen Progression unterliegt und sie einige Hundert Euro Steuern
- 13 nachzahlen müssen. Insbesondere in Krisenzeiten, wo Beschäftigte 100% in Kurzarbeit
- 14 gehen müssen und auf erhebliche Gehaltseinbußen bewältigen müssen, gleicht die
- 15 nachträglich Besteuerung einer doppelten Bestrafung.

Feststellung der Antragskommission: **Übernahme Antragsteller**

Zustimmung in geänderter Fassung

Umformulierung des Adressaten: Die SPD Bundestagsfraktion wird gebeten...

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

X

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19

A3

Antragsteller: AfA Wiesbaden

Antragstitel:

Änderung des §19 Abs. 1 Nr. 2 BBiG – Fortzahlung der Ausbildungsvergütung bei Betriebsschließung ohne zeitliche Begrenzung

Die Jahreshauptversammlung der SPD Wiesbaden möge beschließen:

Dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, dass Fördergelder nur noch an Betriebe auszahlen, die nach Tarif zahlen und einen Betriebsrat haben. Dies soll nur für Betriebe gelten, die nach § 1 Abs. 1 groß genug für die Betriebsratsgründung sind.

Antragsbegründung:

Bislang muss ein Arbeitgeber, nach § 19 Abs. 1 Nr. 2 BBiG, bei einer vorläufigen Betriebsschließung seinen Azubis 6 Wochenlang die volle Ausbildungsvergütung zahlen. Danach können die Auszubildenden nach derzeitiger Rechtsgrundlage in Kurzarbeit einbezogen werden. Wenn wir von einer derzeitigen Mindestausbildungsvergütung von 515 € brutto und 60 % Kurzarbeitergeld ausgehen, bleibt den Auszubildenden im Krisenfall lediglich ca. 250 € monatlich netto zum Leben. Dies ist, egal wie man kalkuliert, zu wenig!

Feststellung der Antragskommission: **Übernahme Antragsteller**

Zustimmung in geänderter Fassung

Umformulierung des Adressaten: Die SPD Bundestagsfraktion wird gebeten...

20

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

X

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

A4

1 Antragsteller: AfA Wiesbaden

2 Antragstitel:

3 Solidarkurzarbeitergeld in Höhe von 100% des letzten Nettoentgeltes bis zu einem
4 Einkommen bis € 1600.-

5
6 Die Jahreshauptversammlung der SPD Wiesbaden möge beschließen:
7 Dass die SPD mit ihren zuständigen Gremien darauf hinwirkt, dass zukünftig ein
8 sogenanntes Solidarkurzarbeitergeld in Höhe von 100 % des letzten Nettoentgeltes bis
9 zu einem Einkommen von 1 600 €. Gehälter über 1 600 € werden darüber hinaus
10 anteilig mit dem Kurzarbeitergeld verrechnet.

11

12 Antragsbegründung:

13 Insbesondere auf geringverdienende Personen muss in Krisenzeiten geachtet werden.
14 So ist es nur eine logische Konsequenz, dass die Politik einen Gehalt sicherstellt, der
15 auch in Krisenzeiten zum Leben ausreichen kann. Dieses Solidarkurzarbeitergeld soll
16 jährlich steigen, ähnlich wie es beim Mindestlohn der Fall ist.

Feststellung der Antragskommission: **Übernahme Antragsteller**

Der UBV wird gemeinsam mit der AfA ein Konzept entwickeln für ein
Solidarkurzarbeitergeld und dieses in die Partei einbringen

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

X

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

A5

1 Antragsteller: AfA Wiesbaden

2 Antragstitel:

3 Das Teilzeitrecht stärken

4
5 Die Jahreshauptversammlung der SPD Wiesbaden möge beschließen:

6 Dass sich die zuständigen Gremien der SPD für die weitere Anpassung des

7 Teilzeitrechts einsetzen. Die „Brückenteilzeit“ genügt den Anforderungen eines auf die

8 Bedürfnisse der Beschäftigten abgestellten Teilzeitrechts nur bedingt. Es sollte ein

9 allgemeines und anlassunabhängiges Rückkehrrecht für Beschäftigte, die ihre

10 Arbeitszeit gem. § 8 TzBfG reduziert haben, geschaffen werden. Die

11 „Kleinbetriebsklausel“ im § 9a des TzBfG sowie die Höchstquoten für

12 Arbeitgeber*innen, die bis 200 Arbeitnehmer*innen beschäftigen, sollten gestrichen

13 werden. Eine Verschärfung der Ablehnungshürde von „betriebliche“ in „dringende

14 betriebliche Gründe“ in § 9a Abs. 2 S. 1 TzBfG muss vorgenommen werden.

15
16 Antragsbegründung:

17 In der modernen Arbeitswelt nehmen nicht nur Flexibilitätsanforderungen der

18 Unternehmen zu. Auch Beschäftigte brauchen mehr Gestaltungsspielraum. Viele

19 Teilzeit- und Vollzeitbeschäftigte wünschen mehr Einfluss auf die Gestaltung ihrer

20 Arbeitszeit.

21 Zeitrealitäten und -wünsche klaffen oftmals auseinander, was zahlreiche

22 Untersuchungen bestätigen. Lt. SOEP (sozio-ökonomisches Panel) wünschen sich rund

23 13 Prozent der Beschäftigten eine Verlängerung der Arbeitszeit um mind. 5

24 Stunden/Woche, bei den Frauen sind das rund 18 Prozent. Fast 50 Prozent derjenigen,

25 die bis 20 Wochenstunden arbeiten, wünschen sich eine Arbeitszeitverlängerung um

26 mind. 5 Stunden/Woche. Es ist oft zu beobachten, dass Arbeitgeberinnen und

27 Arbeitgeber Anträge gem. § 9a TzBfG häufig mit dem Verweis auf entgegenstehende

28 „betriebliche Gründe“ ablehnen. Als betriebliche Gründe sind gemeinhin

29 unverhältnismäßig hohe Kosten oder wesentliche Beeinträchtigungen der

30 Arbeitsabläufe oder der Sicherheit im Betrieb anerkannt. Eine Ablehnung ist für die

31 Arbeitgeberin oder den Arbeitgeber somit verhältnismäßig unproblematisch und

32 letztlich wirkliche Überprüfbarkeit möglich.

33
Feststellung der Antragskommission: **Ergänzung Antragskommission und Antragsteller**

Rücküberweisung an Antragsteller

UBV und AfA organisieren dazu eine Informationsveranstaltung und dann wird der Antrag neu diskutiert

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

X

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

2. Stadt

1

A6

Antragsteller: AsF Wiesbaden

2 Antragstitel:

3 Weibliche Dezernentin

4

5 Die Jahreshauptversammlung der SPD Wiesbaden möge beschließen:

Die SPD strebt an, dass im haupt- und ehrenamtlichen Magistrat Frauen und Männer paritätisch vertreten sind. Falls im Rahmen von Koalitions-/ Kooperationsverhandlungen ein weiteres Dezernat durch die SPD zu besetzen sein wird, wird dem Parteitag eine geeignete Frau zur Wahl als Dezernentin in der StVv vorgeschlagen.

Feststellung der Antragskommission: **Einverständnis Antragstellerin**

Zurücküberweisung an AsF für Neufassung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

X

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

1 3. Partei

2

A7

1 Antragsteller: Forum Nachhaltige Stadtentwicklung & Europa Forum Klima und Umwelt

2 Antragstitel:

3 Einrichtung eines offenen Gremiums zur zeitlichen Strukturierung der kommunalen
4 Aufgaben zur Klimapolitik bis 2045

5
6 Die Jahreshauptversammlung der SPD Wiesbaden möge beschließen:

7 Um eine angemessene und zeitgerechte Umsetzung der von der Bundespartei
8 verabschiedeten Klimapolitik auf kommunaler Ebene sicherstellen zu können,
9 beantragen wir die Aufstellung eines Gremiums, welches sich mit dem folgenden
10 Auftrag befassen wird:

11 Das Gremium soll eine tabellarische Aufstellung aller kommunalen Aufgaben
12 zusammenstellen, die notwendig sind, damit die Stadt Wiesbaden dem im
13 Zukunftsprogramm der Bundespartei gesetzten Ziel eines klimaneutralen
14 Deutschlands im Jahre 2045 auf kommunaler Ebene gerecht wird. Darunter fallen
15 unter anderem die klimagerechte Sanierung öffentlicher Gebäude, die Ausarbeitung
16 und Umsetzung nachhaltiger Verkehrskonzepte oder aber die Schaffung von Anreizen
17 zum Ausbau von Anlagen zur Erzeugung erneuerbarer Energien.

18 Die Grundlage dieser Ausarbeitung bilden zum einen die Leipzig-Charta für integrierte
19 Stadtentwicklung und übergeordnet die Nachhaltigkeitsziele der Vereinten Nationen
20 (SDGs).

21 Das Gremium (Größenordnung etwa 10 Mitglieder) sollte sich aus interessierten
22 Genoss*innen (z.B. aus AGs und Foren), Genoss*innen aus dem Unterbezirksvorstand
23 der SPD Wiesbaden, Stadtverordneten der SPD Wiesbaden sowie externem
24 Sachverstand zusammensetzen. Für das erfolgreiche Gelingen des Vorhabens erachten
25 wir die wissenschaftliche Begleitung des Gremiums als zwingend erforderlich. Die
26 Auswahl der Gremiumsmitglieder wird durch den Unterbezirksvorstand getroffen.
27 Hierzu melden die interessierten Genoss*innen gegenüber dem Unterbezirksvorstand
28 ihr Interesse zur Mitarbeit an. Dieser trifft aus dem Kreis der Interessent*innen eine
29 Auswahl und ernennt die Mitglieder*innen des Gremiums.

30 Das Gremium wählt einen Sprecher oder eine Sprecherin, welche*r den
31 Unterbezirksvorstand im Abstand von jeweils drei Monaten, sowie darüber hinaus im
32 Bedarfsfall, über den Fortgang der Arbeit unterrichtet.

33 Antragsbegründung:

34 Durch den Urteilsspruch des Bundesverfassungsgerichtes im April 2021 zum
35 Klimapaket der Bundesregierung sehen die antragstellenden beiden Foren den
36 Handlungsbedarf auch auf kommunaler Ebene. Wie auf der Bundesebene dürfen auch
37 in den Kommunen nicht wesentliche Ausgaben von kommunalen Mitteln zur
38 Herstellung der Klimaneutralität zulasten späterer Budgets oder zukünftiger
39 Generationen verschoben werden. Damit dies nicht geschieht, auch nicht
40 unbeabsichtigt, bedarf es einer langfristigen Planung. Daher müssen schon zeitnah die

1 Kosten kalkuliert werden, um dann eine gleichmäßige Belastung auf die folgenden
2 Jahre zu verteilen.

3 Das im Antrag geforderte Gremium soll einen solchen Plan aus SPD-Sicht erstellen und
4 in den politischen Stadtdiskurs einbringen. Dabei sollen insbesondere die
5 sozialpolitischen Folgekosten im Blick genommen werden. Klimapolitik ist notwendig,
6 aber wir sollten die Partei sein, welche sich des darin enthaltenen Verteilungsproblems
7 annimmt und die Belastungen für alle sozialen Schichten im Auge hat. Dies ist aber nur
8 dann möglich, wenn die Partei einen Plan hat, wann und welche notwendigen Kosten
9 zur Transformation der Stadtgesellschaft auf uns zukommen. Wir sollten den Bürgern
10 der Stadt offen sagen, was unserer Meinung nach für Transformationen in der Stadt
11 notwendig sind und welche Kosten und Umstellungen auf die Bürger langfristig
12 zukommen werden. Zudem lässt sich nur dann eine Klimapolitik sozial gestalten, wenn
13 wir nicht von Projekt zu Projekt vorgehen, sondern den gesamten Zeitraum in den Blick
14 nehmen.

15 Da im Rahmen der Umsetzung der Klimapolitik auf kommunaler Ebene eine langfristig
16 angelegte Planung vorgenommen werden muss, ist es erforderlich, eine neutrale, vor
17 allem aber wissenschaftlich fundierte Betrachtungsperspektive in Form von externem
18 Sachverstand bei der Ausarbeitung miteinfließen zu lassen, um mögliche
19 Fehlentscheidungen auf Basis inkorrektur Annahmen oder Desinformation zu
20 vermeiden

Feststellung der Antragskommission: **Einverständnis Antragsteller**

Überweisung an den neuen UBV mit der Maßgabe, sich mit dem Antragsteller auf ein
gemeinsames Vorgehen zu verständigen

21

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

X

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

22 Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

A8

1 Antragsteller: Forum Nachhaltige Stadtentwicklung & Europa Forum Klima und Umwelt

2 Antragstitel:

3 Aktive Analyse und Strategieentwicklung der Wiesbadener SPD nach
4 Kommunalwahlkampf 2021 und City-Bahnkampagne 2020

5
6 Die Jahreshauptversammlung der SPD Wiesbaden möge beschließen:

7 Der Unterbezirksvorstand der SPD Wiesbaden wird aufgefordert, einen Workshop für
8 eine SWOT¹-Analyse zu der derzeitigen Lage (nach KW21, Bürgerentscheid Citybahn
9 2020 vor der nächsten Wahl LTW in Hessen 2023) durchzuführen. Ziel des Workshops
10 soll es sein, Antworten auf folgende Fragen zu erarbeiten:

- 11 • Welche Stärken und Schwächen hatte das Kommunalwahlprogramm? Welche
- 12 Wahlkampfaktivitäten zur Kommunalwahl waren erfolgreich? Wo lagen die
- 13 Schwächen?
- 14 • Welche organisatorischen und strukturellen Änderungen sind in der SPD
- 15 Wiesbaden zur inhaltlichen und strategischen Stärkung erforderlich?
- 16 • Welche Verbesserungen sind innerhalb der nächsten 5 Jahre hinsichtlich der
- 17 Strategie und des Kommunikationsstils in der SPD Wiesbaden erforderlich?
- 18 • Welche Auswirkungen hatten die Rahmenbedingungen der Pandemie?

19
20 Bei den Analysen und der Erarbeitung von Verbesserungsvorschlägen sollen auch die
21 Leitlinien für Bürgerbeteiligung der Stadt Wiesbaden auf den Prüfstand.

22 Die Workshop-Arbeit und inhaltliche Diskussion sollen durch externe Beratung und
23 Moderation unterstützt werden. Verantwortlich für die Mobilisierung zur Mitarbeit, zur
24 Zusammensetzung von Arbeitsgruppen und inhaltliche Vorbereitung ist der
25 Unterbezirksvorstand.

26 Antragsbegründung:

27 Anlass für diesen Antrag sind einige problematische Sachverhalte:

28 Wie konnte es sein, dass die SPD Wiesbaden angesichts der bewährten Dezernenten
29 für 1) Soziales, 2) Bildung, 3) eines erfolgreichen Oberbürgermeisters bei der
30 Kommunalwahl ein so schlechtes Wahlergebnis zu verzeichnen hatte? Wie kam das
31 Kommunalwahlprogramm der SPD bei den Bürgerinnen und Bürgern an? Welche
32 langfristigen Veränderungen und Maßnahmen sind erforderlich?

33 Welche Konsequenzen zieht die Wiesbadener SPD aus der Ablehnung der City-Bahn im
34 November? Gab es eine (verpasste) Chance für eine umfangreichere und
35 demokratischere Bürgerbeteiligung, ohne die eine solch nachhaltige Transformation
36 nicht auskommt? Insbesondere stellt sich die Frage, ob rechtzeitig eine offene Debatte
37 mit Bürgerinnen und Bürgern im Sinne einer modernen und integrierten

¹ SWOT = Stärken (Strengths), Schwächen (Weaknesses), Chancen (Opportunities), Risiken (Threats)

- 1 Stadtentwicklungspolitik geführt wurde und was versäumt wurde? Für die
2 anstehenden Transformationsprozesse mit ihrem Potenzial für mannigfaltige soziale
3 Konflikte ist es äußerst wichtig, dass wir aus der Vergangenheit und den teilweise
4 wenig erfolgreichen Projekten und Aktivitäten lernen, um uns besser für die Zukunft
5 wappnen zu können.
- 6 Im Sinne von parteiinterner Kommunikation und Partizipation sollten wir auch noch
7 einmal der Frage nachgehen, warum die Beteiligung bei der Aufstellung der
8 Kandidat*in zur Bundestagswahl als unzureichend empfunden worden ist.
- 9 Derartige Fragen, die sich um Beteiligung, Kommunikation und erfolgreiche Formen
10 der Mitsprache drehen, möchten wir mit dem Unterbezirk in einer professionell
11 begleiteten Analyse klären und daraus Rückschlüsse für notwendige Veränderungen
12 erarbeiten.
13

Feststellung der Antragskommission: **Einverständnis Antragsteller**

Überweisung an den neuen UBV mit der Maßgabe, sich mit dem Antragsteller auf ein
gemeinsames Vorgehen zu verständigen und im UBV Intern zu thematisieren

- Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz X
- Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung
- Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung